

Bezugspreis: Vom 1.-8. September 1 Million Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 1.-8. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich u. Böhmen 1 500 000 Mk. für das übrige Ausland 1 750 000 Mk. Postbezugpreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Feil“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 6. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Kompositelle kostet 80000 Mk. Restkompositelle 400000 Mk. Kleine Anzeigen das Setzgedruckte Wort 250000 Mk. (zweispaltig zwei Setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort 130000 Mk. Stellengröße das erste Wort 180000 Mk., jedes weitere Wort 100000 Mk. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 500000 Mk.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrukt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Deutsch-französische Diskussion.

Paris, 4. September. (W.T.B.) „Journées Industrielle“ folgt bei Besprechung der Stuttgarter Rede des Reichskanzlers, sie stelle ein Angebot dar, Verhandlungen aufzunehmen. Ueber die von der französischen und der belgischen Regierung aufgestellten Bedingungen für derartige Verhandlungen, d. h. über die Einstellung des passiven Widerstandes bringe die Rede Stresemanns jedoch auch

nur eine illusorische Formel.

Das könne eine gewisse praktische Bedeutung haben, die sich wie folgt formulieren lasse: Der deutsche Reichskanzler wolle und könne nicht in der Öffentlichkeit über die Frage des passiven Widerstandes verhandeln, aber er neige vielmehr dazu, in geheimen Verhandlungen ein Kompromiß anzustreben, das den Weg für

Verhandlungen über die deutsch-französische Frage

in vollem Umfang freimache. Dies Kompromiß bestände auf der einen Seite in politischen und psychologischen Bedingungen, an die sowohl deutscher, wie französischerseits die Aufnahme von Verhandlungen geknüpft sei, auf der anderen Seite beträfe es den Kern der produktiven Pfänder selbst. Die erste Frage sei die, wie die Beteiligten einen günstigen Verhandlungsboden ausfindig machen könnten, der zweite Punkt sei der, wie man sich eine allgemeine Regelung zu denken habe. „Journées Industrielle“ fragt sich, ob Frankreich diese Partie wagen solle. Es scheine, daß man ohne Diskussion und mit einem höchsten Maß von Vorsicht es Stresemann überlassen könne, auf diskretem, zuverlässigem Wege mitzuteilen, wie weit seine „Anpassung an die Tatsache der Ruhrbesetzung“ gehen würde.

Paris, 5. September. (Eca.) Der „Temps“ beschäftigt sich heute in einem Leitartikel mit den deutsch-französischen Beziehungen. Er kommt zunächst auf die Ausführungen von Kaumers zurück und meint, die letzten Ausführungen von Kaumers näherten sich erheblich denjenigen Gesichtspunkten, die die französische Presse seit langem vertreten habe, nämlich, daß man die Situation Deutschlands nicht sanieren kann, so lange der Ruhrkampf andauert. Seit der letzten Rede von Kaumers hätten sich noch mehr

Anzeichen der Entspannung in Deutschland

bemerkbar gemacht. In der Rede, die Stresemann am Sonntag gehalten hat, würden mehrere Sätze als Appell an Frankreich ausgelegt. Gewisse deutsche Blätter haben diese Sätze hervorgehoben. Natürlich haben Pressekommentare nicht immer denselben Wert. Aber man gibt sich wahrscheinlich keinen allzu großen Illusionen hin, wenn man feststellt: In Deutschland gibt es nunmehr eine größere Anzahl von Personen, die verstanden haben, daß es unmöglich ist, ihr Land ohne ein demnächstiges

Arrangement mit Frankreich

wieder auf die Beine zu bringen. Der „Temps“ beschäftigt sich sodann mit einigen Stellen der Rede Stresemanns sowie mit einem Interview, das der Vertreter des „Daily Express“ mit dem Reichskanzler hatte, aus dem man eventuell die Schlussfolgerung ziehen könnte, daß Herr Stresemann beabsichtige, einen Druck auf England auszuüben. Auch sonst sei ein gewisser Widerspruch zwischen Herrn von Kaumer und Herrn Stresemann zu verzeichnen. Herrn von Kaumer zufolge müsse man den Ruhrkampf regeln, um die Lage Deutschlands zu sanieren. Herrn Stresemann zufolge müsse man aber scheinbar im Gegenteil die Lage Deutschlands sanieren, um den Ruhrkampf fortzusetzen und Alliierte gegen Frankreich finden zu können.

Hinsichtlich der Pfänder meint der „Temps“, daß ein Sperling in der Hand besser sei als die Taube auf dem Dache. Stresemann versichert, Frankreich habe unrecht, wenn es auf den Rheineisenbahnen bestehen bleibe; aber das Pfand, das er anbiete, nämlich die gesamten Reichseisenbahnen, sei durch die Irrtümer seiner Vorgänger recht zerbrechlich geworden. Das allgemeine Vorrecht auf alle Güter des Reiches und auf alle Einnahmequellen, die Deutschland aus dem deutschen Privatbesitz ziehen könne, bestehe bereits durch den Artikel 248 des Versailler Vertrags — aber es habe nichts eingebracht. Man habe vielmehr dieses Privileg dank der schlechten Finanzverwaltung des Reiches und dank den Raubzügen der deutschen Wirtschaft entzogen. Stresemann zeige nicht eine Taube auf dem Dache, sondern nur einen Schatten.

Franzosen und Belgier wollten nicht emig im Ruhrgebiet bleiben. Um sie aber zum Fortgehen zu bringen, müsse man effektive Zahlungsmittel finden und beibringen.

Ueber das alles beherrschende Problem der Zahlungsmittel, schreibt das Blatt, sei die Rede Stresemanns erstaunlich unklar. Stresemann scheine unter Zahlungen nur die Annuitäten zu verstehen, die die Zinsen der Schuldforderung darstellen. Seiner Auffassung zufolge könnte Deutschland nur mit Hilfe einer internationalen Anleihe in Kapital bezogen und er stelle sich vor, daß diese Anleihe von den Alliierten gemeinsam mit Deutschland geordnet werden müsse. Der Kanzler habe zweifellos nicht Zeit gehabt, diese Fragen in der letzten Zeit zu studieren. In der Frage der Jahresleistungen siehe er noch auf dem Standpunkt des englisch-amerikanischen Arrangements vom letzten Winter und in der Frage

der Anleihe noch auf dem des Bankenausschusses vom Juli 1922. Aber dieses System habe zur Enttäuschung geführt, man müsse etwas Besseres machen.

Deutschland müsse Zahlungsmittel finden, die nicht periodenweise seinen Wechselkurs umstürzen.

In die äußeren Anleihen Deutschlands haben sich die Gläubiger des Reiches nicht einzumengen, außer wo sie als Gegenleistung für die Zahlungen einen Teil der deutschen Einnahmequellen beanspruchen können, auf die sich ihr Privileg und ihr Pfandrecht bezieht. Möge Stresemann bei Vertiefung dieser Studien seine lebhafteste Intelligenz und sein großes rednerisches Talent betätigen.

Englische Vorbehalte.

London, 5. September. (W.T.B.) Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Dr. Stresemanns Rede habe der französischen Regierung zu denken gegeben. Seitdem der deutsche Kanzler die Frage einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich erwähnt habe, besäße man sich an amtlicher Stelle wieder mit dem Gedanken und es sei möglich, bevor noch Poincaré seine versprochene Rede halte, die Auffassung der französischen Regierung über diese Frage anzugeben, die, worauf nicht erst hingewiesen zu werden brauche, industrielle Länder wie England interessieren müsse. Stresemann könne sich darüber freuen, daß seine Rede ein sympathisches Echo gefunden habe, denn sie habe bei einer sehr hohen Persönlichkeit in Paris das Eingeständnis hervorgerufen, daß eine

wirtschaftliche Allianz mit Deutschland

unermeldlich und wünschenswert sei. Wie stelle sich die französische Regierung zu dem Gedanken einer derartigen wirtschaftlichen Vereinbarung? Frankreich brauche den deutschen Rohs und Deutschland brauche das französische Erz, das Ruhrgebiet und Lothringen müßten zusammenarbeiten, denn sie gingen von einander ab. Es werde erklärt, daß Frankreich, wenn es die Versicherung habe, daß Deutschland aufrichtig nach einer wirtschaftlichen Vereinbarung strebe, hinter welcher keine anderen Beweggründe stecken, die

Verhandlungen mit den deutschen Industriellen

wieder aufnehmen wird, die ermächtigt sind, im Namen des Deutschen Reiches zu sprechen. Es werde sich keineswegs um eine Frage privater Verhandlungen mit einzelnen Magnaten oder gar einer Gruppe von Industriellen handeln. Die Leute der äußersten Rechten, die bisher den Standpunkt vertrügen, daß ein politisches Einvernehmen mit Deutschland undenkbar sei, würden vielleicht erstaunt sein, wenn sie erfahren, daß die französische Regierung der Auffassung sei, daß eine wirtschaftliche Allianz mit Deutschland durch

eine Art von politischer Entente

ergänzt werden müsse, in dem Sinne, daß ein wirtschaftlicher Vertrag die besten Garantien bieten würde, die Frankreich überhaupt gegen einen deutschen Angriff haben könnte. Ein wirtschaftlicher „Blud“ oder ein französisch-deutsches industrielles „Kartell“ seien, wie man glaubt, weit billiger als in jeder Generation ein Krieg. Der Gedanke eines Kartells sei vorgeschlagen worden, und ob dies weiter verfolgt werden wird, werde davon abhängen, was im Ruhrgebiet und im Rheinland während der nächsten Tage oder Wochen geschieht. Es werde nichts weiter verfolgt werden, wenn es den Reparationen Abbruch tut, es werde nichts ernstlich ausgenommen werden, bis die Reparationen gezahlt sind.

Der Berichterstatter erklärt, vor drei Monaten habe ein Meinungsaustausch zwischen französischen Beamten und Vertretern der deutschen Industrie

stattgefunden, darüber, was in gewissen Eventualitäten getan werden könne. Die Mitglieder des Comité de Forges und die zu dieser Körperschaft gehörenden Sachverständigen hätten genau gewußt, was stattfand und außerdem alles erfahren, was über den industriellen Reichtum im Ruhrgebiet in Erfahrung gebracht werden konnte. Der Berichterstatter fährt fort, die französische amtliche Erklärung bezüglich dieses vorgeschlagenen französisch-deutschen wirtschaftlichen Übereinkommens lasse unvermeidlich zwei Erwägungen aufkommen:

1. Wenn das Einvernehmen eine vollständige Tatsache werde, obgleich sie von Reparationen abhängig sei, müsse eine längere nicht festzustellende Periode vergehen, bevor es in Wirklichkeit treten könne. Welches würden die Wirkungen auf die britische Metallindustrie sein? Würde der dadurch geschaffene Wettbewerb die britischen Schwerindustriellen berühren?

2. Sei die Erklärung, wenn nicht eine Drohung, so doch wenigstens ein Hinweis auf eine separate Aktion, die von Frankreich beabsichtigt würde, für den Fall, daß keinerlei Vereinbarung mit Großbritannien über die Mittel erstellt wird, die angenommen werden müssen, um Deutschland zum Zahlen zu bringen?

Der Berichterstatter erklärt, im Zusammenhang damit müsse erneut betont werden, daß, solange Poincaré für die Reparationspolitik Frankreichs verantwortlich sei, keinerlei Abänderung der französischen Forderungen stattfinden könne. Er habe selbst erklärt, daß, wenn er aufhöre, diese Politik zu kontrollieren, Frankreich darauf bestehen würde, daß sein Nachfolger sie zur Durchführung bringe.

Finanzdiktatur!

Der Dollar steht auf 20 Millionen — vielmehr er stand gestern einige Minuten lang auf diesem Punkte. Die Notierung, die zu diesem Kurse vor der Berliner Börse erfolgte, und die den amtlichen Kurszettel schmückte, ist praktisch nahezu wertlos geworden. Ist doch den großen Devisenkäufern nur ein Zweihundertstel, den kleinen, die weniger als 100 bis 200 000 Goldmark verlangten, ein Zwanzigstel ihrer Nachfrage zugeteilt worden. Sieht man von den spekulativen Käufen ab, so muß man sich doch fragen, welchen Sinn eine Devisennotierung haben soll, zu der fast kein Importeur mehr fremde Zahlungsmittel erhalten kann. Der ganzen Volkswirtschaft drohen aus einem solchen Zustand die schwersten Gefahren. Wie soll die Lebensmittelfuhr, wie die Kohleneinfuhr finanziert werden, wie sollen die vielen Warenübertragungsgeäfte im Inland — z. B. die Uebernahme von amerikanischem Schmalz aus den Konsignationslagern —, die gesetzlich zugelassen und handelsüblich geworden sind, eingermessen funktionieren, wenn der wirkliche Bedarf an fremden Devisen an der Börse nicht mehr gedeckt werden kann?

Die Folgen sind auch sofort eingetreten. Wochenlang wurde die Mark in Berlin schlechter bewertet als in New York, gestern hingegen hat sich die Mark in New York schlechter gestellt als in Berlin. Nach dem dortigen Geldkurs der Mark würde man in Berlin einen Dollarkurs von 25 Millionen zu verzeichnen haben, nach dem Briefkurs einen solchen von 20 Millionen. Die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln, die im Inland nicht befriedigt werden kann, wendet sich jetzt also in steigendem Maße den Auslandsbörsen zu. Die Mark droht so, nachdem sie zu einer kaum noch sichtbaren Größe des internationalen Geldverkehrs zusammengebrochen ist, gänzlich als Zahlungsmittel zu verschwinden.

Wieder gehen die Preise sprunghaft in die Höhe, wieder ist in zwei Tagen die Kaufkraft des Lohnes um 50 Prozent gesunken, wieder ist die Lebensmittelversorgung auch aus dem Inland trotz der reichen Ernte in erhöhter Gefahr, weil kein Mensch mehr seine Ware gegen einen Erlös fortgeben will, dessen Kaufkraft von Minute zu Minute schwanzt.

Es ist klar, daß diese außerordentlich verschärfte Situation Maßnahmen von ungewöhnlicher Tragweite erforderlich macht. Alle Hinweise auf die ungeheuren Schwierigkeiten einer Lösung der Finanz- und Währungsprobleme helfen uns nichts mehr. Die Reichsregierung mit der größten parlamentarischen Grundlage, auf der je ein Reichskabinett zustande kam, muß das Beste daransetzen, um dem so oft berufenen, jetzt aber fast unvermeidlich gewordenen Zusammenbruch entgegenzuwirken. Sie muß von den großen Rechten, die ihr die Volksvertretung verlieh, Gebrauch machen und mit einer Finanzdiktatur den Verfall von Währung, Wirtschaft und Volk aufhalten.

Nicht daran, daß die bisher getroffenen Notmaßnahmen etwa im Prinzip falsch gewesen wären, sondern daran, daß ihr Wirkungsgrad nicht ausreichte, frunkte die bisherige, seit dem Abgang Cunos geführte Währungs- und Finanzpolitik. Man hatte sich von der Verwahrlosung der Reichsfinanzen nicht die Vorstellung machen können, die der grauenvollen Wirklichkeit entsprach. Darum blieben die Notsteuern trotz ihrer Größe ein Tropfen auf den heißen Stein. Man hatte die Devisennot des Reiches unterschätzt, den Widerstand der Devisenbesitzer gegen eine freiwillige Abgabe zu gering angesehen. So mußte auch die erste Zwangsmahnahme zur Devisenerfassung trotz der Drohung mit Zuchthausstrafen den Devisenmarkt fast unberührt lassen. Der von dem ungeheuren Anwachsen der schwebenden Schuld des Reiches und der infolge dessen beschleunigten Tätigkeit der Notenpresse gespeiste Geldmarkt blieb flüssig wie je, nahm die zur Markführung verwandten Devisenmengen ohne weiteres auf, die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln stieg, anstatt sich zu vermindern.

Es ist undenkbar, daß man nach dieser Erfahrung bei den getroffenen Maßnahmen stehenbleiben kann. Ohnehin drängt die Finanzpolitik des Reiches zu einem Ausbau, nachdem die erschlossenen Einnahmequellen nicht ausreichen, um das Defizit auch einigermaßen zu decken. Mit Recht betonen auch fast alle Befürworter einer Goldwährung, daß die Schaffung eines neuen Geldes erst dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn der Staat auf die Notenpresse nicht mehr angewiesen ist. Sonst würden auch die neuen Goldnoten bald durch die Notenpresse zu dem gleichen Schicksal verurteilt werden, das der Papiermark befallen war.

Run ist es jedoch unmöglich, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, ohne daß eine feste Werteinheit besteht. Das Streben nach einer Goldwährung, diktiert durch die Erfordernisse der Wirtschaft, muß also auch im Interesse des Staates so schnell als nur möglich greifbare Erfolge zeitigen.

Bei dem gegenwärtigen Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates erscheint es allerdings fraglich, daß das sofort, sozusagen über Nacht möglich ist.

Die Krise des Völkerbundes.

Starke Gegenläufe im Völkerbundrat.

Paris, 5. September. (W.Z.) Die Völkerbundkonferenz ist zur Beratung der griechisch-italienischen Streitfragen um 10 Uhr vormittags im Palais de la Paix zusammengetreten und hat bis 11 Uhr beraten. Über die Sitzung wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben. Die Völkerbundkonferenz hat die Antwort Griechenlands auf ihre Note über die Ermordung der italienischen Grenzkommission geprüft. Sie hat im besonderen davon Kenntnis genommen, daß Griechenland sich bereit erklärt, wenn seine Verantwortlichkeit erwiesen würde, alle Reparationen anzunehmen, die die Völkerbundkonferenz gerecht finde, sowie davon, daß die griechische Regierung den Vorschlag macht, eine Untersuchungskommission zu bilden, die den Auftrag haben soll, die Suche nach den Schuldigen zu fördern, und die aus Delegierten der drei in der Grenzkommission vertretenen Mächte bestehen soll. Dann befaßte sich die Völkerbundkonferenz mit der Prüfung der Frage, wie die Untersuchung geführt werden soll. Die nächste Sitzung der Völkerbundkonferenz wird spätestens am Freitag stattfinden. Diese Entschliessung ist alsbald dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitgeteilt worden.

Wie daraus zu ersehen ist, scheint es, daß die Völkerbundkonferenz bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu dem griechischen Vorschlag über die Einsetzung einer Untersuchungskommission heute noch keine Entscheidung hat treffen können, weil mehrere Delegierte dem Wunsche Ausdruck gaben, von ihren Regierungen ergänzende Weisungen einzuholen.

Genf, 5. September. (W.Z.) In der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundrats bestritt Salandra im Namen der italienischen Regierung die Zuständigkeit des Völkerbundes im griechisch-italienischen Konflikt, da nur die italienische Regierung und der Völkerbundrat zuständig seien. Er führte aus, daß die Befehle Korfus keinen feindseligen Akt darstellten, sondern nur die Ergreifung eines Pfandes. Italien sei nicht der Angeklagte, sondern der Ankläger. Die italienische Regierung vertritt daher die unerschütterliche Ansicht, daß der Rat dem griechischen Ersuchen nicht Folge geben könne.

Der griechische Vertreter Politis lehnte die Pfand-Theorie ab und erklärte von neuem, daß Griechenland sich jedem Ratsbeschlusse unterwerfen werde, und daß laut Pakt kein Zweifel an der Zuständigkeit des Rats bestehen könne. Die Annahme der italienischen Auffassung würde den Zusammenbruch des Völkerbundes bedeuten.

Gewerkschaften für Goldwährung.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beschäftigen sich bereits seit mehreren Tagen mit der Frage der Goldwährung. Sowohl im ADGB und im VFD-Bund als auch im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund wird die Auffassung vertreten, daß die Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Tagen ein werbeständiges Zahlungsmittel unbedingt notwendig macht. Am Freitag tritt der Bundesausschuß des ADGB zusammen, der sich ebenfalls mit der Einführung eines werbeständigen Zahlungsmittels beschäftigen wird und zu dieser Frage endgültig für die freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Beamtenorganisationen Beschlüsse fassen dürfte. Der Bundesausschuß kommt aber auch insofern besondere Beachtung zu, als sie in erster Linie auch zur Frage des passiven Widerstandes Stellung nehmen wird und sich außerdem mit dem Arbeitslosenproblem zu beschäftigen gedenkt.

Am Donnerstag wird sich der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats ebenfalls mit der Frage der Goldwährung befassen. Da sowohl die Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerverbände für die Goldwährung eintreten, ist bei der Zusammenkunft des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats anzunehmen, daß auch er sich für die Goldwährung entscheidet.

Inzwischen hat die Reichsregierung beschlossen, weitere währungspolitische Maßnahmen vorzunehmen. Sie beabsichtigt vor allem eine wesentliche Verschärfung der Verordnung über die Devisenabgabe. Der Einführung einer Goldwährung steht man in Regierungskreisen nicht direkt ablehnend gegenüber, allerdings ist man der Auffassung, daß zur Durchführung eines derartigen Schrittes außer rein politischen weitere steuerpolitische und währungspolitische Maßnahmen erforderlich sind. — Am Mittwochnachmittag fanden zwischen dem Reichsfinanz-, dem Wirtschaftsministerium und den Banken Verhandlungen über die jetzt zu ergreifenden währungspolitischen Maßnahmen statt.

Der Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am Dienstag mit der Möglichkeit der Schaffung eines werbeständigen Zahlungsmittels für den allgemeinen Verkehr und mit den Möglichkeiten zur Schaffung einer werbeständigen Anlage. Reichswirtschaftsminister v. Raumer leitete die Sitzung kurz ein, indem er auf die Wichtigkeit dieser Fragen hinwies. Der Reichsbankpräsident betonte, daß die Reichsbank in ihrer bisherigen Distanzpolitik nur langsam dem Drang nach Werbeständigkeit folgen könne, weil sich die Wirtschaftskreise nicht schnell genug haben umstellen können. Eine große Gefahr erblickt Havenstein darin, die Wirtschaft zu zwingen, sich allmählich auf die Werbeständigkeit festzusetzen. Es sei erforderlich, in Bezug auf den Distanzpolitik Differenzierungen vorzunehmen. Die werbeständigen Kredite sollten einen niedrigen Zins voraus. Wenn die Reichsbank heute Wechsel nicht diskontiert, sondern lombardiert, so handele es sich hier nur um eine Uebergangsmassnahme. In Bezug auf die werbeständigen Zahlungsmittel erklärte der Reichsbankpräsident, daß die Reichsbank beabsichtige, werbeständige Zertifikate auszugeben, die als werbeständige Anlage oder, da sie diskontiert werden können, auch als Ersatz für ein werbeständiges Zahlungsmittel dienen können. Havenstein betont selbst, daß damit die Frage der werbeständigen Zahlungsmittel nicht gelöst sei. Jedoch sei es das Höchstmögliche, was die Zentralnotenbank tun könne und tun würde. Havenstein betonte außerdem, daß jede Werbeständigkeit kein Mittel sei, unsere Währung zu bessern. Alle technischen Maßnahmen der Werbeständigkeit könnten nur das Risiko der Werbeständigkeit verschärfen, nicht aufheben. Die Einziehung von Papiermark auf Goldkonto befaßt nur die Reichsbank mit dem Risiko. Das Reichsbankdirektorium habe sich entschlossen, Goldmarktkonten unter Aufsichtung an den Dollar und nicht an das Pfund zu richten.

In der anschließenden Debatte wurde u. a. auch die Frage der Errichtung einer privaten Goldnotenbank besprochen, ohne daß hierüber jedoch nähere Beschlüsse gefaßt wurden. — Der Vorsitzende sahke am Schluß der Beratung das Ergebnis wie folgt zusammen:

Der Ausschuss hält die neuen Maßnahmen der Reichsbank für einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, aber keineswegs für etwas für die Dauer Erfreuliches. Alle derartigen Maßnahmen können selbstverständlich nur Uebergangsmassnahmen

Der Präsident des Rates Ishii forderte hierauf Vertagung der Debatte. Lord Robert Cecil erklärte sich damit einverstanden. Auf seinen Wunsch wurden aber vorher die Artikel 10, 12 und 15 des Völkerbundespaktes über die Gewährleistung der territorialen Integrität und des Interventionsrechts des Völkerbundes verlesen. Ishii forderte Zusammentreten des Rats für morgen, damit eventuell der Versammlung Bericht erstattet werden könnte. Hanotaux-Frankreich hielt die Frist für zu kurz bemessen. Der Präsident des Rats erklärte darauf, daß er nach Rücksprache mit den einzelnen Mitgliedern die neue Sitzung einberufen werde.

Genf, 5. September. (W.Z.) Die heutige öffentliche Sitzung des Völkerbundrats über den griechisch-italienischen Konflikt war zweifellos eine der aufsehenerregendsten Sitzungen, die der Rat bisher veranstaltet hat. Ein sehr eindrucksvoller Augenblick war es, als Lord Robert Cecil vor der Eröffnung der Debatte durch einen Völkerbundsbeamten die Artikel 10, 12 und 15 des Paktes in französischer und englischer Sprache vorlesen ließ. Nach der Bemerkung Lord Robert Cecils, daß eine Mißachtung dieser Artikel, die in dem Friedensvertrage ständen, die gegenwärtige europäische Ordnung erschüttern würde, klappten viele englische Zuhörer Beifall. Nach Anfang der Sitzung wurde ein Brief Salandras verlesen, in dem er der griechischen Darstellung der Befehle von Korfu entgegentrat und vor allem hervorhob, daß der griechische Kommandant die Verantwortung für den Tod der Flüchtlinge trage, da er sie nicht rechtzeitig entfernt habe; er selbst habe sich in Zivilkleidung geflüchtet.

Mussolini gibt Erklärungen.

Rom, 5. September. (W.Z.) In der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundrats gab Mussolini eine kurze Erklärung über die letzten außenpolitischen Ereignisse und über die außenpolitische Lage ab. Er sagte: In den letzten 24 Stunden hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet. Meine geistigen Erklärungen haben, wie vorausgesehen war, eine gewisse Aufregung in England und in Genf kreisen hervorgerufen. Sie verfolgen den Zweck, gewisse Kreise im Ausland, die sich mit dem von Griechenland versuchten „Tausch der Rollen“ einverstanden erklärt hatten, zu einem ernsthaften Nachdenken über die Frage zu veranlassen. Mit festem und ruhigem Gewissen und unseres Rechtes sicher, erwarten wir die Entschlüsse, die der Völkerbundrat fassen wird.

men sein und entheben die Reichsregierung und die für die Reichsfinanzen verantwortlichen Stellen nicht der Verantwortung:

1. dafür zu sorgen, daß Ordnung in den Staatshaushalt gebracht wird — das bedeutet auf der einen Seite Beschränkung aller überflüssigen und vermeidbaren Ausgaben und auf der anderen Seite Heranführung derjenigen Einnahmen, auf die der Staat Anspruch hat, in einer werbeständigen Form, — 2. weitere werbeständige Anlage- und Zahlungsmittel zu schaffen.

Der Währungsausschuß spricht dabei aus, daß die geplanten Beheßmaßnahmen zwecklos sind und unter Umständen sogar gefährlich werden können, wenn nicht gleichzeitig die vorher angeordneten durchgreifenden Maßnahmen getroffen werden.

Der Ausschuss sieht in der Zurückhaltung der Devisen, wie sie die Reichsbank für notwendig hält, um sich Deckung für die Goldkonten zu schaffen, eine Verengung des Wirkungsgrades der deutschen Wirtschaft; es müßte infolgedessen der Reichsbank zur Pflicht gemacht werden, die Devisen nicht länger in ihrem Besitz zu behalten, als es jeweils zur Deckung der Goldkonten notwendig ist.

Neue Tarifierhöhung.

Die Anpassung an die Geldentwertung.

Zur Schonung des Wirtschaftslebens hatte der Reichsverkehrsminister auf Wunsch des Reichskabinetts am 1. September die Schlüsselzahl der Eisenbahntarife nur in einem Umfang erhöht, der einen erheblichen Teil der Ausgaben umgedeckt ließ. Die in der Zwischenzeit eingetretene erhebliche Verteuerung der Kohlen und anderer Materialien sowie das Steigen der Löhne und Gehälter zwingt die Reichsbahn, zur angeordneten Deckung ihrer Selbstkosten am 11. September die Schlüsselzahl für den Personenverkehr auf 15 und für den Güterverkehr auf 45 Millionen festzusetzen. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß hiermit eine Abdeckung für die Kosten des Fuhrleistungsanstiegs noch nicht erfolgt und Reserven irgendwelcher Art nicht angeammelt sind. Auch ist eine in Aussicht stehende weitere Kohlenpreiserhöhung nicht berücksichtigt.

Bekanntlich entsprechen die Grundzahlen der Eisenbahntarife noch nicht überall den Friedensverhältnissen. Der Selbststeuerung ist in den Grundzahlen nicht Rechnung getragen, so daß diese lediglich in der Schlüsselzahl erscheint und damit deren vergleichsweise beträchtliche Höhe verursacht. Beständliche Fettstückkohle hatte am 4. September das 9,6millionenfache des Friedenspreises erreicht, während sich diese Zahl für englische Kohle auf das 6,9millionenfache stellte. Der Durchschnittskohlenpreis für deutsche Kohle der Reichsbahn betrug das 6,32millionenfache, die Preise für Schienen das 5,4, die für Stabeisen das 5,7millionenfache der Friedenspreise. Die Steigerung dieser für die Wirtschaft der Reichsbahn ausschlaggebenden Stoffe gegenüber den Friedenspreisen ist also heute erheblich stärker als die der Tarife.

Der Reichsverkehrsminister hat den Ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrats zu einer Sitzung auf Dienstag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, im kleinen Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats, Berlin, Bellevuestr. 15, einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Vorlage der Reichsbahn über Einführung von Seehafenannahmetarifen.

Sonderzüge für Hitlergardien.

Mit Rücksicht auf den Kohlenmangel hat das Reichsverkehrsministerium allgemein die Stellung von Sonderzügen verboten. Eine sehr notwendige und nützliche Entscheidung.

Um so mehr aber ist es in Bayern aufgefallen, daß die Teilnehmer an faschistischen „Deutschen Tag“ in Nürnberg in Sonderzügen befördert wurden. Vorsichtigerweise wurden diese jedoch als — Vorzüge bezeichnet und vor den fahrplanmäßigen Schnellzügen abgelesen, die deshalb sogar teilweise erhebliche Verspätung erlitten. Man weiß zwar nicht, was die Reise und den Aufenthalt der Hitlergardien bezog. Aber daß die teureren englischen Kohlen, die die „Vorzüge“-Lokomotiven verbrauchen, nicht von Hitler und Ludendorff, sondern vom ganzen deutschen Volk in Form der Marktentwertung bezahlt wurden, weiß jedermann. Wahrscheinlich auch das Reichsverkehrsministerium.

Königreich Sachsen?

Königreich Sachsen? Nicht möglich! In Sachsen regiert doch unseres Wissens eine hochgewislich verkehrte halbkommunistische Regierung mit einem gewissen Dr. Zeigner an der Spitze. Und doch muß das ein Irrtum sein. Uns wenigstens liegt der dokumentarische Beweis dafür vor. Am 18. August dieses Jahres lautet jedenfalls noch auf einem uns vorliegenden Briefumschlag der Stempel stolzer als je zuvor:

Kgl. Sächs. Standesamt Köthra
Amts-H. Grimma.

Na also! Es gibt doch noch Dofen in der Wüste. Wir fragen uns nur, wenn das am grünen Holze geschieht — was soll am bürren werden?

Falsche Attentatsgerüchte. In Groß-Berlin waren am Mittwochnachmittag vielfach Gerüchte von einem Attentat auf den Reichskanzler Dr. Stresemann verbreitet. Diese Gerüchte entbehren — glücklicherweise! — jeder Grundlage, sind loeres Geschwätz oder löswillige Erfindung und nur geeignet, die ohnehin vorhandene Nervosität noch mehr zu erhöhen.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 — 1)

Durchschnitt Mai	3816
„ Juni	7650
„ Juli	37651
„ August	586045
4. Juli	16180
11. „	21511
16. „	28892
23. „	39336
30. „	71470
6. August	149531
13. „	436935
20. „	753733
27. „	1183434
3. September	1845261

Steigerung gegen die Vorwoche 55,9 Proz.

Durch die neuerliche Entwertung der Mark im Auslande auf die Hälfte des Wertes vom Montag ist natürlich der Index vom 3. September durch die Warenpreise schon wieder stark überholt.

Vorzeltiger Abbau der Außenhandelskontrolle?

Am 31. August hat sich der Reichswirtschaftsminister v. Raumer vor dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für die Aufhebung der Außenhandelskontrolle eingesetzt. Die Arbeitnehmer und auch ein Teil der verarbeitenden Industrie waren gegen eine Befreiung der Außenhandelsregelung und es wurde daher beschlossen, eine Reform der Ausfuhrkontrolle mit dem Ziele einer Vereinfachung des Kontrollsystems anzustreben. Am 30. August jedoch, noch ehe die Beratungen stattfanden, hat der Arbeitsausschuß der Reichsbevollmächtigten der Außenhandelsstellen einmütig eine Entschliessung gefaßt, die zum Ausdruck bringt, daß mit dem Abbau der Außenhandelskontrolle in nächster Zeit zu rechnen ist und daß infolgedessen vorjorglich sofort Ründigungen des Personal ausgesprochen werden sollten. Diese Ründigungen sind denn auch bereits am 31. August erfolgt.

Das Vorgehen der Reichsbevollmächtigten ist deshalb so bedenklich, weil ja vorläufig noch gar nicht feststeht, in welcher Weise die Reform der Außenhandelsstellen durchgeführt werden soll. Es wäre sehr unerwünscht, wenn die Außenhandelsstellen ihr Personal einschränken ohne Kenntnis der Anforderungen, welche an sie in Zukunft gestellt werden sollen. Die Forderung der Arbeitnehmer ging insbesondere dahin, daß allgemein gültige Mindestpreise aufgestellt werden sollten, bei deren Innehaltung die Bewilligung zur Warenausfuhr ohne weiteres erteilt werden sollte, während es nachträglicher Prüfung vorbehalten bleibt, dafür zu sorgen, daß keine Unterbietungen der Mindestpreise stattfinden. Ein vorzeitiger Abbau der Außenhandelsstellen könnte sich zur Durchführung derartiger Aufgaben ungeeignet machen und deshalb erscheint uns der Beschluß der Reichsbevollmächtigten recht verfehlt, so sehr auch wir wünschen, daß jede unnütze oder überflüssige Belastung des Exportes auf das mindeste beschränkt werden soll.

Frankreich unterbietet die englische Wollfärberei. Die Bradforder Wollindustrie leidet zurzeit unter der französischen Konkurrenz, die laut „Konfektionär“ durch das fortwährende Sinken des französischen Franken in der Lage ist, die englischen Angebote stark zu unterbieten. Die englischen Firmen protestieren bereits gegen den Import aus Roubaix. Trotzdem erichtet die Firma Des fils de A. Guillaumet et Cie. in Paris eine Zweigniederlassung in Bradford, wodurch die englischen Färbere vorwiegend gezwungen werden, ihre Preise weiter zu ermäßigen. — Die französische Industrie kommt durch den Sturz des Franken also in eine ganz ähnliche Lage wie die deutsche als die Mark noch langsam fiel. Sie unterbietet das Ausland und schafft sich eine Scheinblüte, deren Rückwirkungen am internationalen Markt nicht ausbleiben können.

Vor einer neuen Kohlenpreiserhöhung. Am nächsten Freitag tritt der Große Ausschuss des Reichskohlenrats zur Reuefestlegung der Kohlenpreise zusammen. Das Ausmaß der neuen Erhöhung steht noch nicht fest.

Die Meßziffer im Textilienhandel ist ab 6. September von 96 000 auf 128 000 erhöht worden. Die von uns ermittelten und unter „Preise und Löhne“ veröffentlichten Preise für Textilwaren erhöhen sich dadurch genau um ein Drittel.

Amthliche Devisenkurse.

	5. September		4. September	
	Rufen (Gold) Kurs	Devisen (Weich) Kurs	Rufen (Gold) Kurs	Devisen (Weich) Kurs
1 holländ. Gulden	7780500	7810500	5087250	5112750
1 argent. Pap.-Peso	6488750	6516250	4189500	4210500
1 belgischer Frank	917700	929800	608475	611625
1 norweg. Krone	3192000	3208000	2094750	2105250
1 dänische Krone	3591000	3690000	2394000	2403000
1 schwedische Krone	5286750	5318250	3491250	3505750
1 finnische Mark	548625	551875	359100	360500
1 japanische Yen	847875	852125	6384000	6416000
1 italienische Lire	847875	852125	556600	561400
1 Pfund Sterling	99775000	99295000	58395750	58492500
1 Dollar	19950000	20050000	12967500	13032500
1 französisch. Franc	1117200	1122800	788150	791850
1 brasilian. Milreis	1945125	1954875	1246875	1258125
1 Schweizer Franc	3591000	3690000	2844125	2855875
1 spanische Pesta	2043475	2056625	1745625	1754875
100 österr. Kr. (gest.)	27930	28070	18154	18246
1 tschechische Krone	558525	561475	384037	385963
1 ungarische Krone	1007,25	1102,75	698,25	701,75
1 bulgarische Dena	191820	192480	121690	122350
1 jugoslaw. Dinar	209475	210525	189970	190920

Die neue Straßenbahn-Gesellschaft.

Konflikt mit der städtischen Arbeiterschaft?

Als in der letzten Sitzung der Verkehrsdeputation ein sozialdemokratischer Vertreter die Direktion der Straßenbahn darauf aufmerksam machte, daß infolge der veränderten Tarifpolitik der Reichsbahn der Verkehr auf der Straßenbahn in ganz kurzer Zeit wieder auf mindestens 800 000 Personen täglich steigen würde...

Im übrigen scheint sich aus der Umbildung der Straßenbahn in eine Gesellschaft ein schwerer Konflikt mit der städtischen Arbeiterschaft zu entwickeln. Der Magistrat und die Mehrheit des Ausschusses hat die Absicht, neue Arbeitsbedingungen bei der Gesellschaft durchzusetzen...

Die wertbeständigen Hebammengebühren.

Wie im „Vorwärts“ vom 30. und 31. August mitgeteilt wurde, sollen die Hebammengebühren auf wertbeständige Grundlage gestellt werden. Nach dem gewählten Verfahren war die Aufstellung einer Schlüsselzahl notwendig, die sich der Geldentwertung anpaßt...

Die Gebührensätze vom 15. November 1922 gelten als Einheit, die für die Zeit vom 1. bis 14. August 1923 mit 800, vom 15. bis 22. August mit 2000 und vom 23. bis 31. August mit 6000 multipliziert werden. Weil die Festsetzung der notwendigen Schlüsselzahl nicht genügend Sicherheit für die richtige Gebührenhöhe bietet...

Kilian.

Roman von Jakob Böhner.

„Woran merken Sie das?“ „An Ihrer Zufriedenheit! An dem Glück, das aus Ihren Augen strahlte, wenn Sie manchmal von Madame Faure kamen, wenn Sie — wie Sie sagten — ihr einen Marktfarb nach Hause getragen hatten.“

haltung die Rezhiffer für die Hebammengebühren ergibt. Errechnet wird die Gebührenhöhe derart, daß die Entgeltzahlen der Gebührenordnung vom 15. November 1922 durch 100 geteilt, 1/2 abgezogen und um die auf volle Tausend nach oben abgerundete Rezhinderzahl multipliziert wird.

Der Mietwucher blüht!

Durch die am 17. August d. J. in Kraft getretene neue Preußische Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz hat der Minister für Volkswohlfahrt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die reinen Geschäfts- und Industriehäuser von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausgenommen.

Gegen Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt hat der Schuttpart der Arbeiter- und Geschäftsräummieter zu heute nachmittags 1/2 Uhr im großen Saal des Stadthauses, Eingang Klosterstraße eine öffentliche Protestversammlung einberufen.

Feuergefecht mit Kartoffelböden. Auf einem Kartoffelacker des Ritterguts Brih in der Nähe des Grünen Weges hatten Polizeibeamte mit einigen Kartoffelböden ein Feuergefecht. Es gelang den Dieben, in der Dunkelheit zu entkommen.

Boxerhans und sein Verhältnis.

Die Ehen werden im Himmel geschlossen. . . .

Ein unterquidliches Familienbild kam in der Verhandlung gegen den Berufsgänger Hans Rothe, der in seinem Freundeskreis unter dem Namen „Boxerhans“ bekannt ist, zur Sprache. „Boxerhans“ hat sich in einer Weise betätigt, daß er eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung erhielt und sich vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I verantworten mußte.

Das Opfer des Angeklagten war ein älterer Kaufmann Heinrich Hahn. Er war mit einer jungen Frau verheiratet. Diese trat in Beziehungen mit einem Tischlermeister und ließ im Weichmachen v. A. ihren Mann im Stich. Im Mai kam der Ehemann zufällig in ein Lokal in der Marienstr. und dort traf er seine ausgerückte Frau nicht nur in Begleitung ihres Liebhabers, sondern auch des Angeklagten Rothe.

Der Kampf für das Alkoholverbot in Deutschland.

In einer Aussprache, die vom 26. bis 28. August in Hamburg stattfand, und an welcher sämtliche alkoholgegnerische Organisationen Deutschlands beteiligt waren, fasste der Ausschuss für das Alkoholverbot in Deutschland einstimmig eine Entschließung, aus der folgendes zu entnehmen ist:

„In dem vorliegenden Entwurf eines Reichsanstättengesetzes begrüßen wir die Einführung des Gemeinbestimmungsrechtes, bedauern aber zugleich dessen übermäßige Einschränkungen. Im weitestgehenden Widerspruch zu der gegenwärtigen Ernährung steht die Vergärung und die Ausfuhr von gewaltigen Mengen aus deutschem Boden erzeugter Nahrungsmittel für Zwecke der Alkoholerzeugung und des Alkoholgusses.“

„Groener-Dollars“ und „Dejer-Pfunde“. Die Millionenheime der deutschen Reichsbahn, die der Volkswund „Groener-Dollars“ gekauft hat, weil sie die Niedersticht des letzten Reichsarbeitsministers tragen, werden jetzt durch neue Scheine zu zwei und fünf Millionen ergänzt, die bereits vom Reichsverkehrsminister Dejer unterschrieben und als „Dejer-Pfunde“ populär sind.

Invalidenversicherung. Vom 3. und 17. September 1923 ab treten die durch Verordnung des Reichsarbeitsministers geschaffenen neuen Beitragsätze in Kraft. Auf die Bekanntmachung der Landesversicherungsanstalt Berlin in dieser Nummer unserer Zeitung, in der auch noch weitere Bestimmungen erwähnt werden, weisen wir unsere Leser besonders hin.

„Sie, mit Ihrem Verstand und Ihrem Wissen. . .“ „Aller Verstand und alles Wissen hat bis heute noch nicht die geringste Befensfrage gelöst. Wenn ich weiß, aus der Zelle entsteht alles organische Leben, so weiß ich damit weder das Warum, noch das Wie, noch irgend etwas Entscheidendes.“

„Madame Faure? Die sagt überhaupt nichts! Die ist verrückt vor Freude!“ „Was wollen Sie denn mehr? Dann ist doch alles in schönster Ordnung.“ „Sie finden immer alles in schönster Ordnung! Was ist denn in der Ordnung, wenn die Frau meines Prinzipals ein Kind bekommt von ihrem Knecht, und wenn ich blödsinnigerweise dieser Knecht bin?“

Das Erdbeben in Japan.

Nach einer Havasmeldung aus New York sind 13 weitere Städte, darunter Obayama, Hatfodsch, Tschiba, Kawasati, Kofu, Gotojima, Kami, Mio, Tokosua und Schimudzu vollkommen zerstört worden.

Einer Havasmeldung zufolge verläuft aus London und New York, daß Tokio und Yokohama jetzt vollkommen von einem Truppenlondon umgeben sind, der in aller Eile aus dem Innern Japans herangezogen worden ist.

Nach einer Meldung aus San Francisco verbessert sich die Lage in Tokio rasch. In 4 Stadtteilen ist die elektrische Beleuchtung wieder hergestellt.

Englische Firmen, die in Japan Filialen besitzen, haben bis jetzt keine Nachricht von dort erhalten. Dagegen wird aus New York gemeldet, daß die Filiale der Standard Oil Company in Yokohama vollständig zerstört ist.

Soweit bisher feststeht, hat von den regelmäßig nach Ostasien verkehrenden deutschen Schiffen zur Zeit des Erdbebens sich keines innerhalb des japanischen Gewässers befunden.

Schiffszusammenstoß. An der Südküste Schwedens fand ein Zusammenstoß statt zwischen dem schwedischen Dampfer "Oesterlöden" und dem deutschen Dampfer "Malmö" aus Hamburg.

Belehrungsbildungsausschuss Groß-Berlin. Heute nachmittags, nämlich 5 Uhr, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Sitzung des kleinen Ausschusses. Wichtige Tagesordnung! Die Stoffliste und die Arbeitserklärung (Quartal Oktober-Dezember) sind sofort abzugeben.

Im Klub, dem Vergnügungsort der Berliner am Lehrter Bahnhof findet am Sonntag, den 9. September, bei bedeutend ermäßigtem Preisen ein großer Gartenfestmahl mit allen Sensationen und Attraktionen, amerikanischem Feuerwerk und Doppel-Prismenadrenalin statt.

Städtisches Weltpanorama. Eines der beliebtesten Kunstinstitute der Hauptstadt, das Städtische Weltpanorama in der Langestraße 76, hat auch in den kommenden Wochen ein überaus reichhaltiges Programm.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes items like Weiszkohl, Wirsingkohl, Grüne Bohnen, Pfefferlinge, Rindfleisch, Hammelfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Lebende Aale, Schleie, Grüne Heringe, Kabeljau, Margarine, Schmalz, Talg, Weizenmehl, Roggenmehl.

Trotzdem in den Vormittagsstunden in der Zentralmarkthalle der hohe Dollarkurs noch nicht bekannt war, gestalteten sich die Preise doch außerordentlich anziehend.

Die Reise von Schengal in Konstantinopel Gebiet vor. In der Woche vom 8. zum 14. September weilen wir in der zentralen Hochregion des Westerkleingebirges.

Sprechchor für proletarische Feiern. Heute abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17, Leistungsstunden.

Für die Aufführungen des Deutschen Requiem, die die Volksbühne und der Sprechchor am 8., 10. und 12. Sept., abends 7 1/2 Uhr, in der Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße, unter Mitwirkung von Heiða Stolzenberg, Rose Walter, Paula Weidmann, Karl Hagedorn, Professor Albert Fischer mit dem verklärten Sinfonie-Orchester, Orchester und dem Sprechchor unter Leitung von Dr. Ernst Landauer veranstaltet, sind noch eine kleine Anzahl Einladungen an der Abendkasse zum Preise von 1/2 Pfennig (mal Reichsmarkennote) zu haben.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

- 1. Kreis Berlin. Die Parteiverammlung der SPD-Unterbezirke Groß-Berlins findet am Dienstag, den 18. d. M. statt. Dieser Abend muss frei bleiben.
2. Kreis Weiden. Donnerstag, den 6. September, 8 Uhr, Kreisvorstandssitzung bei Gabel.
3. Kreis Wedding. Freitag, den 7. September, 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle. Die Delegierten zum Bezirkskongress müssen ebenfalls erscheinen.

Heute, Donnerstag, den 6. September.

- 14. Abt. Umkleekabinen findet die Funktionärskonferenz erst Montag bei Rosa, Kubener Str. 19, statt.
15. Abt. 7 1/2 Uhr bei Brühl, Scheinertstr. 18, Funktionärskonferenz. Die gewählten Bezirksvorstandsdelegierten sind hierzu besonders eingeladen.
114. Abt. Siedl. Freitag.

Jugendweisse Kräfte. Der Unterricht findet nicht am Freitag, sondern bereits heute nachmittags 4 Uhr statt. Alle Teilnehmer müssen erscheinen.

Morgen, Freitag, den 7. September.

- 1. Abt. Die Bezirksführer werden ersucht, sich die neuen Beitragslisten bis Freitagabend abzuholen bei Frau, Rosenthaler Str. 19.
6. Abt. Die Bezirksführer rechnen am Freitag ab und nehmen die neuen Listen in Empfang bei Frau, Rosenthaler Str. 19.
31. Abt. 4 Uhr Sitzung sämtlicher Elternratsmitglieder der Schulen, Ostpreiser Str. 26, beim Friseur.

Jugendveranstaltungen.

Freibadan. Heute abend findet im Jugendheim Offenbacher Str. 3a eine öffentliche Jugendversammlung mit dem Thema: "Was wir wollen" statt. Alle Genossen und Genossinnen müssen in Massen erscheinen.

Mitgliederversammlungen am Donnerstag, den 6. September:
Karlshorst. Jugendheim Gemeindefabrik Schulstraße. - Neutölln 1. Jugendheim Kubener Str. 22. - Rosenthaler Str. 17. Jugendheim am Büchel, Eisenhofstraße. - Köpenick. Jugendheim Gemeindefabrik Dübener Str. 2/3. - Seefeld. Jugendheim Döberitzer Str. 57/20. - Wedding. Jugendheim Gemeindefabrik Rubensplatzstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Schwerbeleid Berlin. Donnerstag, den 6. September, 8 Uhr abends, im kleinen Saal des Lehrervereins, Versammlung. Vortrag: "Ehrenhaft und Grundbesitz." Von der Regierung und dem Reichstag soll die rückständige Durchführung des Grundbesitzgesetzes gefordert werden.
Reichsbund der Kriegesbeschädigten usw. Ortsgruppe SW. 16: Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 6. September, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Tempelhofer Ufer 6 bei Ebel.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Mittwoch, den 5. September.

1. Rennen. 1. Barns (Ejms), 2. Gebria (Ludwig), 3. Lorella (Staubinger). Toto: 19: 10, Platz: 12, 14, 16: 10.
2. Rennen. 1. Orplid (v. Porke), 2. Wetterliche (Dr. Reele), 3. Rosenkönig (v. Welterhagen). Toto: 39: 10, Platz: 13, 12: 10.
3. Rennen. 1. Alexander (Blaschke), 2. Kolo (Certe), 3. Karone (Kufel). Toto: 29: 10, Platz: 18, 13, 19: 10.

Wetter bis Freitag mittag. Jemlich kühl, zeitweise auffarend, jedoch überwiegend bewölkt und besonders an der Küste vielfach leichte Regenschauer bei mäßigen westlichen Winden.

Kleine Anzeigen

Verkäufe. Teppiche, prachtvolle Muster, verkauft billig.
Leihhaus Brunnenstraße 5 verkauft in amerikanisch-moskauer Brochur: Könige, Polier, Schiller, Gutenberg, Dammann, Sportplatz, Gebirge, Pfaffenwühl, Kuntzenhaus, billige Leihhauswaren.

Musikinstrumente. Violas preiswert. Klarinetten, Oboen, Trompeten, Hornen, Posaunen, Schlaginstrumente, Gitarren, Mandolinen, Ukulelen, Harmonikas, Orgeln, Klaviere, Schallplatten, Grammophone, Radios, Grammophonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Grammophonplatten.

Unterricht. Technische Privatlehre Dr. Werner, Registrierungs-Baumwolle a. D., Berlin, Reichensdorfstr. 4, Maschinenbau, Elektrotechnik, Abendschule.
Verschiedenes. 123 000 Marktschmelze, Reinigung der Rohstoffe, nur Friedrichstraße 127, untere Etage, Besichtigung, 9-7.
Gelahrkehr. Millionen, jede Höhe, Rotenrutschung, Milton, Großpöckchenstraße 14.

Verkäufe. Leihhaus Brunnenstraße 5 verkauft in amerikanisch-moskauer Brochur: Könige, Polier, Schiller, Gutenberg, Dammann, Sportplatz, Gebirge, Pfaffenwühl, Kuntzenhaus, billige Leihhauswaren.

Musikinstrumente. Violas preiswert. Klarinetten, Oboen, Trompeten, Hornen, Posaunen, Schlaginstrumente, Gitarren, Mandolinen, Ukulelen, Harmonikas, Orgeln, Klaviere, Schallplatten, Grammophone, Radios, Grammophonplatten, Schallplatten, Grammophone, Radios, Grammophonplatten.

Unterricht. Technische Privatlehre Dr. Werner, Registrierungs-Baumwolle a. D., Berlin, Reichensdorfstr. 4, Maschinenbau, Elektrotechnik, Abendschule.
Verschiedenes. 123 000 Marktschmelze, Reinigung der Rohstoffe, nur Friedrichstraße 127, untere Etage, Besichtigung, 9-7.
Gelahrkehr. Millionen, jede Höhe, Rotenrutschung, Milton, Großpöckchenstraße 14.